AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK 09.09.2021 | Stefanie Babst

Zurück auf Los

Die NATO muss ihr Handeln in den letzten 20 Jahren kritisch hinterfragen und sich neu aufstellen. Scheitern muss dabei eine realistische Option sein.

Ich mag offizielle Gedenktage nicht besonders. Für meinen Geschmack geben sie oft zu wenige Antworten auf die Frage, was wir aus den jeweiligen Ereignissen eigentlich gelernt haben. Der 11. September 2001, oder kurz „9/11“, ist so ein Tag. Für viele wird dieser Tag Anlass sein, um noch einmal an die monströsen Terroranschläge in New York und Washington vor 20 Jahren zu erinnern und damit an das diffuse Gefühlsgemisch aus Schock, Trauer, Angst und ohnmächtiger Wut, das die Bilder auf der ganzen Welt auslösten, als die Flugzeuge in die Twin Towers und das Pentagon hineinrasten.

Die Erinnerung an den Tod von fast 3 000 Menschen ist immer noch bitter, vor allem für die Hinterbliebenen der Opfer. Aus einer politischen Perspektive aber hinterlässt der 20. Jahrestag von „9/11“ einen genauso bitteren Geschmack. Zwei Jahrzehnte, nachdem sich der Westen und große Teile der internationalen Gemeinschaft solidarisch an die Seite Amerikas gestellt haben, sind wir praktisch wieder „zurück auf Los“.

Zwei Jahrzehnte, nachdem sich der Westen und große Teile der internationalen Gemeinschaft solidarisch an die Seite Amerikas gestellt haben, sind wir praktisch wieder „zurück auf Los“.

Nein, der „Krieg gegen den Terror“, den der damalige US-Präsident George Bush nach den Angriffen auf Amerika ausrief, ist nicht gewonnen. Das Ausmaß und die Intensität dieses Unterfangens sind jedoch beispiellos. Der von Washington dirigierte Anti-Terror-Kampf führte eine bunte Staatenkoalition in 83 Länder: unter anderem nach Afghanistan, Pakistan, in den Irak, Syrien und Jemen weiter nach Libyen, Mali, Somalia und in viele weitere Staaten. Die militärischen Einsätze in Afghanistan und im Irak waren die längsten, größten, teuersten und verlustreichsten, die Amerika und seine europäischen Verbündeten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges unternommen haben.

Das *Watson Institute* der *Brown University* dokumentiert in seinem „*Costs of War*"-Projekt seit Jahren akribisch die Kosten aller Militärinterventionen nach dem 11. September 2001. Danach wurden im Rahmen des „Krieges gegen den Terror" weltweit mehr als 800 000 Menschen getötet; 37 Millionen Menschen verloren durch Gewalt und Terror ihre Heimat; über 30 000 US-Soldaten und Veteranen verübten während und nach ihren Einsätzen Selbstmord; und weitere 7 000 US-Soldaten starben während der militärischen Operationen. Die finanziellen Kosten aller bisherigen Militäreinsätze belaufen sich auf geschätzte acht Billionen US-Dollar. Aber es sind nicht nur diese unglaublichen Zahlen, die das Resümee der Anti-Terror-Anstrengungen fragwürdig erscheinen lassen. Trotz aller globaler Anstrengungen hat sich der islamisch motivierte Terrorismus geographisch weiter ausbreiten können. Wie ein Krebsgeschwür hat er in vielen Ländern Metastasen gebildet, sich den jeweils neuen Bedingungen angepasst und geschickte Techniken der Rekrutierung, Finanzierung und Propaganda entwickelt. Al-Qaida, der Islamische Staat und viele andere Terrorgruppen schmieden weiter ihre Anschlagspläne gegen die vermeintlichen Feinde ihres Glaubens und ihrer Interessen.

Trotz aller globaler Anstrengungen hat sich der islamisch motivierte Terrorismus geographisch weiter ausbreiten können.

Dass sich Amerika ausgerechnet wenige Wochen vor dem 20. Jahrestag von „9/11" mit einem chaotischen Abzug seiner Truppen aus Afghanistan verabschiedet hat, ist besonders tragisch. Er hinterlässt nicht nur ein humanitäres Desaster für Millionen Afghanen, sondern auch einen hochexplosiven politischen Scherbenhaufen und ein strategisches Vakuum, in das ambitionierte Regional- und Großmächte wie Russland, China, Pakistan und der Iran stoßen. Der Sieg der Taliban über Amerika und seine westlichen Verbündeten ist Freudenfest und Motivation für jede radikalislamische Terrorzelle auf dieser Welt. Unter dem Schutz derer, die den NATO-Truppen 20 Jahre lang tödliche Verluste beigebracht haben, können sich die Netzwerke von Al-Qaida, Haqqani und des Islamischen Staates künftig weitestgehend ungestört entfalten. Sicher, einige der Terrorgruppen werden sich untereinander bekämpfen, aber ein von den Taliban beherrschtes Afghanistan wird sich in Zukunft außerhalb westlicher Kontrolle und Einflussmöglichkeiten weiterentwickeln. Wohin die Reise das Land am Hindukusch

führen wird, an dem einst deutsche Sicherheitsinteressen verteidigt werden sollten, ist gegenwärtig völlig ungewiss.

Eine ähnliche Entwicklung droht im Irak, wo sich die amerikanischen Kampftruppen anschicken, das Land bis zum Jahresende zu verlassen. Eine NATO-Ausbildungsmission soll dort helfen, eine schlagkräftige und verteidigungsbereite irakische Armee aufzubauen. Aber die vor drei Jahren besiegt geglaubten islamischen Gotteskrieger sind nun in einigen Landesteilen wieder auf dem Vormarsch. Eine instabile Regierung in Bagdad und die tief verwurzelten ethnisch-religiösen Konflikte sind nicht gerade ideale Voraussetzungen, gutbewaffnete Islamisten in ihre Schranken zu verweisen.

Aus innenpolitischen Gründen lässt sich nachvollziehen, warum US-Präsident Biden die Kapitel Afghanistan und Irak um jeden Preis beenden will. Als demokratische Ordnungs- und Gestaltungsmacht befinden sich die USA bereits seit einigen Jahren auf dem Rückzug. Im Nahen Osten, in der Golfregion, in Nord- und Zentralafrika und nun auch in Afghanistan spielen die USA weder politisch, wirtschaftlich noch militärisch eine führende Rolle. Die USA sind heute eine politisch zutiefst gespaltene Gesellschaft, deren politische Aufmerksamkeit primär auf ihre innenpolitischen Bedürfnisse gerichtet ist. Die Regierung in Washington wird ihr politisches Engagement und ihre militärische Unterstützung sicherlich noch eine Weile für Europa aufrechterhalten. Aber der eigentliche Fokus der amerikanischen Führungselite liegt auf der strategischen Konfrontation mit China, die in den kommenden Jahren politische Energie und Ressourcen binden wird.

Aus innenpolitischen Gründen lässt sich nachvollziehen, warum US-Präsident Biden die Kapitel Afghanistan und Irak um jeden Preis beenden will.

Der Rückzug der USA aus großen Teilen der Welt hat auch in der NATO tiefe Spuren hinterlassen, die seit einigen Jahren zwischen Führungslosigkeit, Selbstzweifeln und hartnäckigem Beharren auf ihre Relevanz hin- und hertreibt. Das krachende Scheitern ihres zwanzigjährigen Engagements in Afghanistan wirft viele Fragen auf: Wieso konnte es zu so vielen Fehleinschätzungen über das politische Wesen der Afghanen kommen? Wieso hat man in einer tribalen Gesellschaft versucht, zentralregierte, nach westlichem Vorbild organisierte Streitkräfte zu schaffen? Wie kam es, dass die strategischen und militärischen Ziele der Verbündeten immer weiter auseinanderklafften? Und wieso sind die Anti-

Terror-Bemühungen nach so vielen Jahren nicht wirklich erfolgreich gewesen? Genauso wenig wie die Biden-Administration erweckt die NATO den Anschein, dass sie sich einer schonungslosen Aufarbeitung des Afghanistan-Einsatzes stellen will. Stattdessen macht sich das Bündnis weiter auf die Suche nach einem neuen strategischen Konzept, dessen Schwerpunkte sich nach Ansicht von NATO-Generalsekretär Stoltenberg irgendwo zwischen Russland, China, Klimawandel, Abrüstung, Partnerschaften und militärischen Ertüchtigungsaufgaben verbergen. Wo genau die strategische Kernaufgaben der Allianz in den kommenden Jahren liegen werden, bleibt – leider – nebulös.

Wird es in Zukunft einen weiteren 11. September geben? Eine seriöse Antwort darauf kann nur lauten: sehr wahrscheinlich. Der bösartig-verblendeten Kreativität potentieller Angreifer sind kaum Grenzen gesetzt. Das Arsenal von Waffen und Instrumenten, mit denen unzählige Menschen getötet und Gesellschaften destabilisiert werden können, ist in den vergangenen Jahren stetig gewachsen. Ob mit nuklearen, konventionellen, biologischen, chemischen und weltraumgestützten Waffen, ob durch Cyberangriffe oder mit hybriden Methoden: Das Spektrum der Möglichkeiten ist sehr breit. Besonders brisant ist dabei, dass Technologien wie Künstliche Intelligenz die Identifizierung eines Aggressors immer schwerer machen. Das klassische Szenario einer vorher angekündigten militärischen Großoffensive auf das westliche Bündnis durch einen anderen Staat wird nicht die Kriegsform der Zukunft sein. Stattdessen sind es asymmetrische Bedrohungen wie der radikalislamische Terrorismus, die die Sicherheit des Westens auf vielfältige Weise gefährden.

Mit einer hastigen, oberflächlichen und beschönigenden Aufarbeitung der westlichen Anti-Terror-Strategie würden wir uns nur selbst belügen.

Ist das westliche Bündnis auf ein erneutes alptraumartiges Szenario wie am 11. September 2001 gut vorbereitet? Teilweise. Richtig ist, dass die NATO in den vergangenen Jahren versucht hat, sich auf künftige Sicherheitsrisiken wie Cyberattacken, Weltraumgefahren, hybride Destabilisierungsversuche und disruptive Technologien einzustellen. Und gelegentlich übt sie auch den Ablauf interner Entscheidungsprozesse zur Aktivierung eines Bündnisfalls. Aber nüchterne Realität ist, dass

die Bedrohungsperzeptionen der 30 Verbündeten weit auseinanderklaffen. Für die einen ist der Hauptfeind ein aggressives Russland; für die anderen die instabile Südgrenze des Bündnisgebietes; für die nächsten liegen die strategischen Interessen in Afrika oder Südostasien. Es bedürfte eines besonderen politischen Kraftaktes, um die Verbündeten im Ernstfall erneut hinter einer gemeinsamen Fahne zu vereinen. Aber selbst, wenn dies gelingen sollte, stellte sich für die NATO die Frage: Und jetzt? Wie sollte sie auf einen asymmetrischen Angriff reagieren? Und genau diese Frage führt uns zurück zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Mit einer hastigen, oberflächlichen und beschönigenden Aufarbeitung der westlichen Anti-Terror-Strategie würden wir uns nur selbst belügen. In der Konsequenz würden die politisch and militärisch Verantwortlichen ihre Fehler lediglich wiederholen. Ein ‚Zurück auf Los' bedeutet, das eigene Handeln selbstkritisch zu hinterfragen; sich einzugestehen, dass Scheitern auch immer eine realistische Option ist; sich gedanklich neu aufzustellen; und letztlich zu versuchen, es künftig besser zu machen.



Stefanie Babst
London

Stefanie Babst ist Mitbegründerin und *Global Policy Advisor* der Beratungsfirma *Brooch Associates* in London. Zuvor war sie 22 Jahre in verschiedenen Führungspositionen für die NATO tätig, zuletzt als Leiterin des *Strategic Foresight Team* und von 2006 bis 2012 als *Deputy Assistant Secretary-General for Public Diplomacy.*